



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Einführung eines Gesetzes zur Strafbewehrung der Leugnung des Existenzrechts Israels

Aktuell seit 29.04.2026 14:45:40

Angegeben von:

WerteInitiative e.V. (R001599) am 28.04.2026

Beschreibung:

Wir schlagen vor, öffentliche Aufrufe zur Beseitigung des Staates Israels bzw. das öffentliche Leugnen des Existenzrechts des Staates Israels zum Gegenstand eines speziellen Straftatbestandes zu machen. Ferner schlagen wir die Einordnung des neuen Tatbestandes im systematischen Gesamtrahmen des § 130 StGB bzw. der Straftaten gegen die öffentliche Ordnung vor.

Zu Regelungsentwurf

1. Bundesrats-Drucksachenummer:

BR-Drs. 227/26 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Strafbewehrung der Leugnung des Existenzrechts des Staates Israel

Betroffene Interessenbereiche (4)

Extremismusbekämpfung [alle RV hierzu]

Öffentliches Recht [alle RV hierzu]

Strafrecht [alle RV hierzu]

Sicherung einer jüdischen Zukunft in Deutschland

Betroffene Bundesgesetze (1)

StGB [alle RV hierzu]

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. SG2604290035 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.04.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]